Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Der Israel-Iran-Krieg kann Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland schwer erschüttern
2. Drecksarbeit
3. USA vor Kriegseintritt gegen Iran – Wagenknecht übt scharfe Kritik
4. Nachdenken über Krieg und Kriegsfähigkeit
5. Vor Bündnisgipfel: Fico bringt NATO-Austritt der Slowakei ins Spiel
6. Wärmewende: Vermieter kassieren ab
7. Es geht um hunderte Millionen: Habeck gerät wegen Northvolt unter Druck – „Sprengstoff“
8. Brasiliens fossiler Boom
9. Trotz Sparzielen für Ministerien: Bundesregierung schafft mehr als 200 neue Stellen
10. Mitbestimmung: Betriebsräten den Rücken stärken
11. Microsoft-Daten zeigen: Der nie endende Arbeitstag greift um sich
12. Börsen-Boom sei dank – Nordamerikaner werden immer reicher
13. Freiwilliger Rentenbeitrag – tausende Rentner gehen plötzlich leer aus
14. Bodo Ramelow droht mit Parteiaustritt: Unter anderem „fehlt eine lebhafte Diskussion zu Ostdeutschland“
15. Neue linke Volkspartei
16. Warum das Bezahlen mit Bargeld bald zum Risiko wird

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Der Israel-Iran-Krieg kann Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland schwer erschüttern**

Steigende Energiepreise, fragile Lieferketten, wirtschaftspolitische Fehler der schwarz-roten Bundesregierung: Was die Auswirkungen von Israels Kriegs gegen den Iran auf die Weltwirtschaft für Deutschland bedeuten
Der völkerrechtswidrige Angriff Israels auf den Iran hat nicht nur einen weiteren gefährlichen Brandherd im Nahen Osten entfacht, sondern auch neue Erschütterungen ausgelöst, deren ökonomische Auswirkungen bis nach Europa reichen dürften. Im Kriegsgebiet zahlen einmal mehr Zivilistinnen und Zivilisten den höchsten Preis für die Gewalt. Derweil spüren deutsche Haushalte bereits die ersten wirtschaftlichen Folgen der Eskalation der Gewalt.
Quelle: Patrick Kaczmarczyk in der Freitag

2. **Drecksarbeit**
Die drei Mächte Westeuropas – Deutschland, Frankreich und Großbritannien – kündigen für den heutigen Freitag in Genf ein Treffen mit dem Außenminister Irans, Abbas Araghchi, an. Hintergrund ist das Bestreben, im Konflikt um das iranische Atomprogramm eine eigenständige, von den USA unabhängige Position zu entwickeln. Unter den drei Mächten Westeuropas hat sich die Bundesrepublik am deutlichsten auf Israels Seite geschlagen und erklärt, der Angriffskrieg gegen Iran sei vom „Recht auf Selbstverteidigung“ gedeckt. Bundeskanzler Merz hat sogar erklärt, Israel übernehme mit dem Krieg, der schon bis gestern weit mehr als 500 Todesopfer forderte, „die Drecksarbeit für uns alle“. In der EU teilen eine ganze Reihe von Staaten die deutsche Position nicht; EU-Kommissonspräsidentin Ursula von der Leyen hat sie sich gegen ihren Willen zu Eigen gemacht – nicht zu ersten Mal. Die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens kritisieren den israelischen Angriffskrieg hingegen scharf – in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht. Auch aus der bislang prowestlichen Opposition in Iran kommt massiver Protest gegen Israels mörderische Bombenangriffe.
Quelle: German Foreign Policy

dazu: **Im Iran droht der Irakkrieg 2.0 – und wieder versagt EUropa**
Angebliche Massenvernichtungswaffen, “präventive” Militärschläge und Aufrufe zum Regime Change: Der Krieg, den Israel im Iran vom Zaun gebrochen hat, ähnelt immer mehr dem Irakkrieg. Nun könnten auch noch die USA eingreifen – und EUropa schaut zu.
Quelle: Lost in Europe

dazu auch: **Deutsche Nahost-Politik: Der Völkerrechtsbruch Israels muss klar benannt werden**
Merz’ „Drecksarbeit“-Aussage beschädigt nicht nur die Glaubwürdigkeit deutscher

Außenpolitik – sie offenbart auch seinen naiven Blick auf Israel. […]
Von den kritischen Tönen, die kürzlich angesichts der unerträglichen Lage im Gazastreifen zu hören waren, ist nichts mehr übrig. Statt Applaus zu spenden, wäre es die Verantwortung deutscher Politik, den nach überwiegender Lesart festgestellten Völkerrechtsbruch eindeutig zu benennen. Der Sprecher des Auswärtigen Amts behauptete, der Bundesregierung lägen „nicht genug Informationen" vor. Das ist eine Farce, die erneut deutsche Glaubwürdigkeit und politische Handlungsfähigkeit zu beschädigen droht.
Quelle: taz

und: **Sagen, wo es lang geht – mit dem deutschen Bundeskanzler**
Die Journalistin leitet das Interview mit einer Vorlage für den deutschen Bundeskanzler ein, der diese „dankbar" aufgreift. Seine Ausführungen über die „Drecksarbeit", die Israel „für uns alle" mache, sind ein Lehrstück darüber, wie Rassismus und koloniales imperialistisches Denken fest in den Köpfen der politischen und öffentlichen – in diesem Fall deutschen – Eliten verankert ist.
Den israelischen Angriffskrieg gegen Iran, den Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser in Gaza und im Westjordanland, die israelischen Angriffe auf Libanon, Syrien und die Besetzung von deren Territorium – die sieben Kriege Israels gegen die Staaten der Region als „Drecksarbeit" zu bezeichnen kennzeichnen eine Herrschaftsmentalität. Der Blick auf Israel ist der Blick auf einen Angestellten, der „Drecksarbeit" macht. Der Blick auf die Opfer der Kriege sieht in den Betroffenen Abfall und Dreck, mit dem man sich nicht die Hände schmutzig machen will.
Quelle: Karin Leukefeld auf Globalbridge

3. **USA vor Kriegseintritt gegen Iran – Wagenknecht übt scharfe Kritik**
Wagenknecht befürchtet, dass ein Einmischen der USA in den Krieg zwischen Israel und dem Iran schwerwiegende Konsequenzen für den Nahen Osten, aber auch für Europa, nach sich ziehen könnte. „Damit würden die USA das nächste Land in der Region mit tausenden Opfern ins Chaos stürzen. Es droht eine riesige Flüchtlingswelle, natürlich nicht in die USA, sondern nach Deutschland und Europa – weit mehr noch als 2015", erklärte die ehemalige Linken-Politikerin. (…)
Bei einem möglichen Eintritt der USA in den Nahost-Krieg, sieht Wagenknecht die europäischen Staaten in der Pflicht, die US-Regierung vor einer Eskalation abzuhalten. „Deutschland muss mit Frankreich und anderen europäischen Ländern alles dafür tun, Trump von einem Eingreifen im Iran abzubringen", erklärte sie gegenüber unserer Redaktion. Die Vorsitzende der Partei „Bündnis Sahra Wagenknecht" zieht in diesem Zusammenhang einen Vergleich zum anhaltenden Ukraine-Krieg. „Bei Russland zählt

das Völkerrecht, bei Israel und den USA nicht: Diese heuchlerische Doppelmoral macht den Westen in der ganzen Welt unmöglich!“
Quelle: FR Online

4. **Nachdenken über Krieg und Kriegsfähigkeit**
   Krieg schien aus Europa verschwunden; nun ist er wieder nah, real und drohend – auch für Deutschland. Ich möchte mir Krieg in und gegen die EU gar nicht vorstellen, aber ich könnte es auch gar nicht, weil ich ein Laie bin in militärischen Dingen, Waffen- und Verteidigungstechnologien. Was ich zurzeit sehen und erfahren kann aus Kriegsgebieten der Ukraine, des Sudan und aus dem Nahen Osten, ist so schrecklich, dass ich am liebsten nicht weiter denken möchte – aber das kann ich nicht!
   Quelle: Blog der Republik

   Anmerkung Albrecht Müller: *Es ist unglaublich, welch ein ausgemachter und gefährlicher Stuss heute publiziert werden kann.*

5. **Vor Bündnisgipfel: Fico bringt NATO-Austritt der Slowakei ins Spiel**
   Eine Woche vor dem NATO-Gipfel in Den Haag hat der slowakische Regierungschef Robert Fico einen Austritt seines Landes aus dem Verteidigungsbündnis ins Spiel gebracht. Mit Blick auf das in Den Haag zur Debatte stehende Fünf-Prozent-Ziel bei den Verteidigungsausgaben verglich Fico am Dienstag im Onlinenetzwerk Facebook die Nato mit einem Golfclub und schrieb, entweder zahle die Slowakei „den neuen Mitgliedsbeitrag“, der „sieben Milliarden Euro“ entspreche – „oder wir verlassen die Nato“.
   Fico schrieb weiter, „Bedingung“ für eine etwaige Zustimmung zu den zusätzlichen Ausgaben sei, dass die slowakische Regierung „die Mittel nach eigenem Ermessen verwenden“ könne. Bratislava solle das Geld hauptsächlich für Vorhaben ausgeben, die sowohl zivilen als auch militärischen Nutzen haben könnten, als Beispiel nannte Fico Krankenhäuser und Straßen.
   Quelle: FAZ

   dazu auch: **Spanien stellt sich gegen Trump: Höhere Nato-Ausgaben „unvernünftig“**
   Kurz vor dem Nato-Gipfel lehnt Spaniens Premier Pedro Sánchez Donald Trumps Forderung nach fünf Prozent Verteidigungsausgaben ab – und warnt vor wirtschaftlichem und sozialem Schaden.
   Quelle: Berliner Zeitung

6. **Wärmewende: Vermieter kassieren ab**
   Der Wohnungskonzern LEG will seine Wohnungen mit Wärmepumpen ausrüsten. Für

die Mieter könnte es viel teurer werden. Der Vorstandschef der LEG könnte davon sogar persönlich profitieren. […]
Die LEG verlangt beispielsweise in einer 85-Quadratmeter-Wohnung für die LLWP einen monatlichen Grundpreis von 140 Euro, also 1.680 Euro im Jahr. Damit ist noch kein Kilojoule Wärme erzeugt. Die faktischen Heizkosten, also der Arbeitspreis, kommen oben drauf. Laut Berechnung des Vermieters sollen die Gesamtheizkosten dann 2.486 Euro betragen.
Diese Zahlen gelten für Ines Rodriguez aus Münster. Die LEG-Mieterin zahlte im vergangenen Jahr insgesamt 1.140 Euro Heizkosten. Das bedeutet: Allein für die LLWP-Grundgebühr muss Rodriguez künftig mehr bezahlen als für ihre gesamten bisherigen Heizkosten, inklusive Schornsteinfeger. […]
Die Recherche zeigt: die Mehrkosten für die Wärmepumpe sollen zumindest teilweise als Gewinn beim Düsseldorfer Wohnungskonzern landen. Wie das funktioniert, lässt sich an dem hohen monatlichen Grundpreis für das Gerät ablesen, den die LEG von den Mietern verlangt. Darin hat der Konzern laut einer internen Auflistung zahlreiche Einzelkosten versteckt, unter anderem für Abschreibung, Instandhaltung, Wartung, Service, Betriebsführung, EDV, Abrechnung, Verwaltung, Versicherung und unternehmerisches Risiko.
Quelle 1: Panorama
Quelle 2: NDR

7. **Es geht um hunderte Millionen: Habeck gerät wegen Northvolt unter Druck – „Sprengstoff“**
   Der Bundesrechnungshof (BRH) schaltet sich in das Milliarden-Debakel um den Batteriehersteller Northvolt ein. Besonders im Fokus steht Ex-Wirtschaftsminister Robert Habeck, dem schwerwiegende Fehler in der Vergabe eines 600-Millionen-Euro-Staatskredits vorgeworfen werden. Der Betrag sollte den Bau eines Batteriewerks in Heide sichern – stattdessen droht ein Totalverlust der Steuermittel. Zuerst hat die BILD exklusiv berichtet.
   Ein geheimes Gutachten des BRH kritisiert, dass Habeck die Risiken massiv unterschätzte.
   Quelle: Der Westen

   dazu: **Milliardengrab Northvolt: Bundesrechnungshof erhebt schwere Vorwürfe**
   Politiker von Schwarz bis Grün wollten den schwedischen Batteriehersteller Northvolt mit viel Steuergeld nach Schleswig-Holstein locken. Doch der ist nun insolvent. Die Prüfer des Bundesrechnungshofs prangern in einem vertraulichen Bericht schwere Versäumnisse im Wirtschaftsministerium an.

Quelle: Daniel Gräber in Cicero

Anmerkung Christian Reimann: *Gewissermaßen ist Herr Habeck die personifizierte bzw. verkörperte Krise in Deutschland. Ob er darüber auch in Berkeley dozieren wird, darf jedoch bezweifelt werden*

8. **Brasiliens fossiler Boom**
   Die brasilianische Regierung treibt die Nutzung fossiler Energieträger massiv voran: Am Dienstag startete die nationale Öl- und Gasagentur ANP eine Versteigerung von 172 neuen Explorationsgebieten. Die zum Angebot stehenden Förderflächen umfassen rund 145.000 Quadratkilometer – eine Fläche größer als die von Belgien, den Niederlanden und Luxemburg zusammen.
   Die Umwelt-NGO Arayara hatte versucht, das mit Klagen zu verhindern. Ohne Erfolg: Am Dienstag gingen 34 Öllizenzblöcke an Bieter, dafür flossen umgerechnet rund 178 Millionen Euro. Neben Brasiliens halbstaatlichem Ölkonzern Petrobras bekamen die US-Firmen Chevron und ExxonMobil sowie der chinesische Ölriese CNPC Zuschläge.
   (…)
   Mit Hochdruck bereitet sich Brasilien derweil darauf vor, Gastgeber der nächsten Weltklimakonferenz COP30 zu sein. Diese soll im November in der Amazonas-Metropole Belém stattfinden. Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva will deshalb international als ökologischer Musterschüler wahrgenommen werden – ist aber trotzdem für neue Ölbohrungen. Diese seien notwendig, um die Energiewende im Land zu finanzieren.
   Quelle: taz

   Anmerkung Christian Reimann: *Da kann die "taz" noch so viel jammern – es interessiert in Brasilien kaum jemanden. Es herrscht vielmehr ein Interesse an Wohlstand und der ist – zumindest bisher – lediglich mit günstiger Energie zu erreichen.*

9. **Trotz Sparzielen für Ministerien: Bundesregierung schafft mehr als 200 neue Stellen**
   Die neue Bundesregierung hat angekündigt, Personal in den Ministerien einzusparen. Jetzt werden erst mal mehr als 200 Stellen geschaffen. Einen Widerspruch will das Finanzministerium nicht erkennen
   Quelle: tagesschau
10. **Mitbestimmung: Betriebsräten den Rücken stärken**
    Mehrere Bundesländer haben eine Initiative zur Stärkung der Mitbestimmung gestartet. Richtig so. Betriebsräte müssen entschiedener gegen Union Busting

geschützt und ihre Mitspracherechte in der Transformation gestärkt werden. Die Bundesregierung muss jetzt liefern, meint das #schlaglicht 20/2025 aus Niedersachsen.
Quelle: DGB Niedersachsen #schlaglicht

11. **Microsoft-Daten zeigen: Der nie endende Arbeitstag greift um sich**
Daten von Microsoft zeigen, wie massiv sich die Lohnarbeit trotz zahlreicher Warnungen immer weiter in der Freizeit ausdehnt. Hinzu kommt, dass die Produktivität während der Arbeitszeit durch immer häufigere Störungen vermindert wird.
Quelle: Winfuture
12. **Börsen-Boom sei dank – Nordamerikaner werden immer reicher**
Die Privatvermögen in Deutschland legen hingegen nur leicht zu, zeigt der neue Reichtumsreport der UBS. Auf Länderebene liegen allerdings nicht die USA vorne.
Quelle: Handelsblatt
13. **Freiwilliger Rentenbeitrag – tausende Rentner gehen plötzlich leer aus**
Ein bitterer Schlag für alle, die jahrzehntelang freiwillig in die Rentenkasse eingezahlt haben: Das Bundessozialgericht (BSG) in Kassel hat Anfang Juni entschieden, dass freiwillige Beiträge nicht für die Grundrente zählen. Das Urteil könnte Tausende Rentner betreffen, die gehofft hatten, mehr Geld zu bekommen, berichtet RUHR24.
Quelle: Ruhr24
14. **Bodo Ramelow droht mit Parteiaustritt: Unter anderem „fehlt eine lebhafte Diskussion zu Ostdeutschland“**
Der frühere Ministerpräsident Bodo Ramelow geht in einem Text auf Konfrontation mit der Linken. Er fordert eine Grundsatzdebatte über die Ausrichtung der Partei. […]
Der Satz, der in den politischen Redaktionen nun für Aufregung sorgt, kommt kurz vor dem Ende: „Heute ist mir beim Aufwachen ein Satz durch den Kopf gegangen, der mich nicht loslässt: Bin ich dabei, die Partei zu verlassen – oder verlässt meine Partei gerade mich?“
Dieser Schritt wäre ein politischer Hammer. Gilt Ramelow doch als eine der Hauptfiguren jenes Parteiflügels der Linken, der ruft: Mehr Pragmatismus wagen, mehr Bürgernähe, mehr Realitätsnähe. Er gilt als ein Kritiker der isolationistischen jungen Genossen, die laut, woke und ideologisch sind – oft auch radikal bis zum Extremismus.
Quelle: Berliner Zeitung

dazu: **Jetzt jammert Ramelow.**

Externer Inhalt

Beim Laden des Tweets werden Daten an X (ehemals Twitter) übertragen.

Inhalt von X (Twitter) zulassen

> Jetzt jammert Ramelow.
> Nach Jahren des Abnickens entdeckt er plötzlich, dass seine #Linke an der Realität vorbeiregiert, den Osten ignoriert und Bürger vergrault. Ideologie statt Lösungen eben.
>
> Wir beim #BSW machen dagegen Politik für Menschen, nicht für Blasen!#nurnochBSW pic.twitter.com/DSVSNls85T
>
> — BSW Sachsen-Anhalt (@bsw_vg_lsa) June 19, 2025

Inhalte von X (Twitter) nicht mehr zulassen

dazu auch: **In der Spaßblase**
In Regenbogenfahnen gehüllte Teenager stehen Schlange für ein Selfie mit Heidi Reichinnek. Die Spitzenkandidatin der Partei Die Linke für die Bundestagswahl 2025 war innerhalb weniger Monate zu einem Top-»Celebrity Crush« avanciert. Die Fanbase ist begeistert, wenn Reichinnek, wie etwa als Schirmherrin des CSD in Osnabrück, lauthals einstimmt, sobald Cindy Laupers »Girls Just Want to Have Fun« aus einem Lautsprecher ertönt und dabei auf und ab hüpft wie ein kleines Mädchen. Sie will stets als Powerpaket rüberkommen. »Ich weiß gar nicht, wohin mit meiner ganzen Energie«, sagt sie der Taz. Grenzenlos das Entzücken, wenn sie scheinbar »freche Dinge« wie »Fuck the Patriarchy!« ruft und die Zeilen »Du hast nie gelernt, dich zu artikulieren und deine Eltern hatten niemals für dich Zeit. Arschloch!« von der Band Die Ärzte mitsingt. Dass der »Antifa«-Hit voller Häme gegen die gesellschaftlichen Verlierer und damit alles andere als links ist, tut der überbordenden Freude keinen Abbruch – Hauptsache irgendwas »gegen Nazis«. Wer auf »die da oben« zeigt, gehört laut Reichinnek sowieso zu den »Wutbürgern«.
Das Phänomen Heidi Reichinnek in Pink und Glamour ist pars pro toto des Line-ups einer Partei, die sich zunehmend kulturindustriell promotet.
Quelle: M&R

15. **Neue linke Volkspartei**
In den Niederlanden fusionieren die Grünen mit der sozialdemokratischen

Arbeiterpartei. Ein Vorbild für das kriselnde Mitte-links-Spektrum in Europa?
Die Stimmen sind ausgezählt: Die Mitglieder der niederländischen Grünen und der sozialdemokratischen Arbeiterpartei PvdA haben dafür votiert, sich zu einer Partei zusammenzuschließen. Die Abstimmung am 12. Juni war ein klarer Sieg für die Befürworter der Parteienfusion: Fast 90 Prozent der Mitglieder, die sich an der Abstimmung beteiligten, sprachen sich für den Zusammenschluss aus. Bei den kommenden Wahlen werden die beiden Parteien gemeinsam antreten. 2026 wird es dann eine neue Partei mit einem markanten, neuen Logo, einer Satzung und einem neuen Namen geben.
Quelle: IPG Journal

16. **Warum das Bezahlen mit Bargeld bald zum Risiko wird**
Bargeld ist bei den Deutschen beliebt. Doch bald könnte es riskant werden, mit ein paar Tausendern den Handwerker zu bezahlen oder Schmuck zu kaufen.
Bargeld hat in Deutschland einen hohen Stellenwert. Es gilt als sicher, unkompliziert und verlässlich – und als Ausdruck persönlicher Freiheit. Wer seine Scheine lieber in der Brieftasche als auf dem Konto hat, muss sich bislang keine Sorgen machen.
Doch mit steigenden Anforderungen an die Transparenz und neuen Vorgaben zur Geldwäschebekämpfung gerät der Bargeldfreund zunehmend unter Druck. Die Politik – insbesondere auf EU-Ebene – will den Einsatz großer Bargeldsummen beschränken.
Quelle: t-online

Anmerkung Christian Reimann: *Erstaunlich ist, dass selbst dieses Medium die Vorzüge des Bargeldes wenigstens kurz erwähnt. Alle Bürgerinnen und Bürger der EU sollen für Transparenz sorgen. Aber die vermutlich korrupteste deutsche Politikerin an der Spitze der EU-Kommission sorgt für überhaupt keine Transparenz. Deshalb: „Europa nicht den Leyen überlassen“. Bitte lesen Sie dazu z.B. auch bzw. erneut Bargeldlos gegen Geldwäsche und Kriminalität? So einfach ist es dann doch nicht.*